

Den unmöglichen Zustand beenden!

Missbrauchsskandal

Zu: „Familie Stein solidarisiert sich mit Missbrauchsskandal“ (TV vom 29. November):

Es ist sehr beeindruckend, dass sich Familie Stein nicht mit ihrem Familienmitglied Bernhard Stein, Bischof, solidarisiert, sondern mit den vielen Missbrauchsskandalen. Eben eine Familie mit Charakter. Wie lange will sich die Stadt Trier noch davor drücken, das Problem, die Änderung des Namens „Bernhard-Stein-Platz“ anzunehmen? Denkt der Rat etwa, man muss nur genug Zeit vergehen lassen, und alles ist vergessen? Bischof Stein, der im Missbrauchsskandal katholische Priester geschützt und an andere Orte versetzt haben soll, wo sie weiter Kinder missbrauchen konnten, gebührt nicht das Amt eines Ehrenbürgers. Ist es nicht das schlimmste Verbrechen, Kinder zu vergewaltigen und deren Leben zu zerstören? Die Opfervereinigung Missbit und die Grünen im Trierer Stadtrat beantragten schon längst die Umbenennung des Bischof-Stein-Platzes. Familie Stein ist, und viele Bürger der Stadt Trier und Umgebung wären bestimmt auch für eine Umbenennung. Ich appelliere an den Trierer Rat, so schnell wie möglich den unmöglichen Zustand zu beenden. Trier könnte auch Vorbild für viele andere Orte sein. Ein passender, schöner Name „Platz der Menschenwürde“, vorge schlagen von der Opfervereinigung Missbit, liegt vor.

Ulla Dieninghoff,
Morbach

Haben wir nichts anderes zu tun?

Kinderlieder

Zu: „Welche Kinderlieder sind rassistisch?“ (TV, 18. Dezember):

Ich traue meinen Augen nicht, als ich den Ausschnitt lese. Ist denn die ganze Welt nun verrückt? Wenn ich sonst keine Probleme habe, beschäufte ich mich damit. Haben wir nichts anderes zu tun? Wenn wir damit anfangen, können wir alle Kinderbücher und Lieder zensieren. Ich sehe keinen triftigen Grund dazu. Wie verrückt sind denn einige Menschen, die sich an so einem belanglosen Quatsch stören? Diese Menschen, die eine solche Diskussion anschieben, müssen doch Langeweile haben. Traurig.

Rudolf Kesselheim, Korlingen

HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!
Haben Sie Anmerkungen zu unseren Artikeln oder Kommentaren? Dann schreiben Sie uns!
Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein.
Wir behalten uns vor, sinnwahrend zu kürzen.
Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und der Wohnort in der Zeitung und im Internet auf volksfreund.de veröffentlicht und archiviert werden.
Und so erreichen Sie uns:
E-Mail: leserbriefe@volksfreund.de;
Brief: Trierischer Volksfreund,
Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,
54294 Trier



Jetzt eine Impfpflicht zu veranlassen, könnte den vielen noch Impfwilligen den Rücken stärken

Corona

Zum Artikel „Impfdebatte: Kimmich Symbol der Corona-Problematik“ (TV vom 14. Dezember) und „Ethiker billigen Impfpflicht - unter Vorbehalt“ (TV vom 23. Dezember):

Wenn ich per Du mit Joshua Kimmich wäre, würde ich ihm zurufen: „Super, toll, dass Du Dich solidarisch zeigst und mitmachst; jetzt bin ich wieder ein Fan von Dir. Deine Größe zeigt sich besonders im öffentlichen Zugeben Deiner etwas späteren Erkenntnis.“
Rund 70 Prozent der deutschen Bevölkerung hatte das Vertrauen, sich impfen zu lassen. Dazu brauchte es bisher keine Pflicht, welche bis hierhin eher störend gewesen wäre. Von den etwa 30 Prozent der noch nicht geimpften Bevölkerung sind viele aus gesundheitlichen, familiären, beruflichen und anderen Gründen noch nicht dazu gekommen. Außerdem standen die Impfstoffe und die Termi-

ne bisher ja noch nicht im „Überfluss“ zur Verfügung. Lasst uns also die Kirche noch im Dorf lassen! Sicherlich werden sich in der Weihnachtszeit noch viele Menschen impfen lassen.

Jetzt eine allgemeine gesetzliche Impfpflicht zu veranlassen, könnte den vielen noch Impfwilligen den Rücken stärken und wertvolle Entscheidungshilfen liefern. Gut wäre es, wenn bestimmte Berufsgruppen mit Boni bedacht werden könnten. Dem Solidaritätsgedanken und der Mitmenschlichkeit grundsätzlich monetär zu begegnen, stünde allerdings im Widerspruch zur Solidarität in der großen Gesamtgesellschaft.
Wenn unsere Ampelregierung sich nun – zum jetzigen Zeitpunkt – für eine Impfpflicht entscheidet, sollte das für alle von der Stiko empfohlenen Personen gelten – selbstverständlich mit Ausnahmeerregungen mit spezieller Begründung

(zum Beispiel gesundheitliche Probleme). Nicht zu akzeptieren ist, dass sogenannte Querdenker, politisch extrem organisierte Staatsverdoessene, selbsternannte Bessere, Reichsbürger, Gesetzes- bzw. Staatsgegner sich nicht an die Gesetze halten und jegliche Solidarität vermissen lassen. Wer sich in Deutschland aufhält, hat den Nutzen aller Gesetze und bewegt sich im Wohlstand, der daraus resultiert. Alle nützen die gesamten Infrastrukturen unseres Landes, die mit vielen Steuergeldern aufgebaut und unterhalten werden. Wer angeblich, wie die selbsternannten „Reichsbürger“, diesen unseren Staat und das demokratische System der Bundesrepublik kategorisch ablehnt und mit „Füßen tritt“, der sollte doch möglichst konsequent und schnell für sich ein ihm entsprechendes Land suchen.

Edmund Geisen, Daun

Jede Vertuschung und verschleppte Aufarbeitung ist ein weiterer Mosaikstein zur Destruktion der Kirche

Missbrauchsskandal

Zum Artikel „Ackermann: Kirche braucht mehr als einen Missbrauchsbeauftragten“ (TV, 16. Dezember):

In der heutigen Zeit gerät in der Kirche vieles durcheinander. Meine Wahrnehmungen sind von provozierenden Schlagzeilen geprägt, die keineswegs in die christlichen Lehren einzuordnen sind. Viele Gläubigen nehmen die Kirche nicht mehr als Ort der Barmherzigkeit wahr, weil die sexuellen Handlungen und Übergriffe auf Schutzbefohlene, aber auch deren aus meiner Sicht teils absichtlich verhinderte Aufklärung die Kirche verdunkelt haben. Die kirchlichen Strukturen haben es einigen Amts- und Würdenträgern leicht gemacht, alle moralischen Grenzen zu überschreiten. Sie waren über Jahrhunderte ge-

wohnt, von oben herab zu sprechen. Sie waren von ihrer eigenen Gerechtigkeit überzeugt, weil sie aus ihrer Machtposition heraus über Untertanen und Gläubige bestimmen konnten. Menschliche Unzulänglichkeiten, gepaart mit selbstgerechtem Tun, ebneten einer Heuchelei und Doppelbödigkeit den Weg, um sich an schutzbefohlenen Kindern zu vergehen. Die Kirche muss sich dieser Situation stellen und darf nicht schweigen bei solchen Fehlern und Handlungen!
Gerade Bischöfe müssen hier handeln, sonst geben sie jenen, die Missstände in kirchlichen Institutionen anprangern, ein Fundament für alle Unkenrufe. Die Gläubigen sind weder schwerhörig noch unfähig, eigene Schlüsse zu ziehen. Viele haben wegen des vertusch-

ten Missbrauchs die Kirche verlassen. Jede Vertuschung und jede verschleppte Aufarbeitung ist ein weiterer Mosaikstein zur Destruktion der Kirche. Leider sind bisher alle positiven Veränderungen nicht aufgrund von Einsicht, sondern eher auf Druck von außen in die Wege geleitet worden. Die Aufforderung der Opfervereinigung „Missbit“, den Rücktritt der Bischöfe Ackermann, Marx und Bätzing zu fordern, wird vom Papst so nicht vollzogen. Jene geistlichen Autoritäten haben leider viel dazu beigetragen, die Probleme nicht zur Lösung zu bringen. Eine Kirche, die sich aufgrund ihrer Verschlossenheit nicht selbst reinigen kann, wird immer eine verbeulte Kirche bleiben.

LESERBRIEF

Symbolfigur Kimmich

Die Debatte um Joshua Kimmich und seinen Impfstatus steht fast symbolisch für die derzeitige Stimmung in Deutschland. Wie geht man mit Impfunwilligen um? Der 26-Jährige, der zunächst auf den Piken gegen Corona verzichtete, sich dann mit dem Virus infizierte und sich nun doch impfen lassen möchte, erntete für sein Zögern und seine Bedenken zur Impfung viel Kritik. Für sein Umdenken gab es Lob, aber auch Häme. Ist Letzteres das richtige Mittel im Umgang mit Zweiflern?

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER

Schwarze Schafe! Überall!

Anisemitismus

Zum Artikel „Lehrt in Trier ein antisemitischer Priester?“ (TV vom 13. Dezember):

Professor Michael Fiedrowicz nennt sich Theologe und ist in Berlin als Priester „beschäftigt“. Das geht aus meiner Sicht überhaupt nicht! Denn katholische Priester leben im Sakrament der Weihe und verkünden das Evangelium, wie in der Heiligen Schrift, der Bibel, steht. Dann sollten sie diese schon kennen und auch danach leben und lehren!

Angela Dost-Petry, Wintrich

WWW

Diese und weitere
Leserbriefe unter
volksfreund.de

Heinz Erschens, Kell am See

Produktion dieser Seite:
Ulrike Löhnertz

Quo vadis, Cyberbunker?

Bunker in Traben-Trarbach

Zum Artikel „Was wird jetzt aus dem Cyberbunker?“ (TV, 16. Dezember):

Der Verkauf des Bunkers wurde durch den zur damaligen Zeit zuständigen VG-Bürgermeister Weisgerber vorangetrieben und von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) umgesetzt. Zwecks schnellen Heranführens hochqualifizierter Arbeitsplätze. Wie wir heute wissen, waren die Arbeitsplätze so „hochqualifiziert“, dass die Staatsanwaltschaft sich lange sowie mit sehr viel Personalaufwand (bis hin zu Interpol) bis heute damit beschäftigt. Das Personal des Betreibers musste dermaßen geschützt werden, dass die Kreisverwaltung einen hohen Erdwall als Sichtschutz genehmigte. Der Bunker plus die anderen Bauten sowie einem Gelände in der Größe von vier Sportplätzen erzielte 450.000 Euro – aus meiner Sicht ein Schleuderpreis!
In dieser Summe waren auch rund 40.000 Liter Heizöl enthalten, wovon ich mich selbst überzeugen konnte, da ich damals dort gearbeitet habe. Damit die Weihnachtsgeschenke komplett waren, wurden Serverschränke (in großer Anzahl) als Bonus dazugefügt. Auch die zeitaufwendige Einweisung war in der Kaufsumme mit enthalten.

Der Kauf der Liegenschaft, die nach meiner Berechnung ohne den Bunker für 180.000 Euro zu haben gewesen wäre, hätte folgende Entwicklung nach sich gezogen: Da Strom, Wasser, Gelände-Einzäunung, Erschließung (alles Posten, die sehr teuer sind) vorhanden waren, hätte man dort den Kindergarten (in Trarbach), die Polizei, die Feuerwehr, die Rettungswache oder das Rote Kreuz ansiedeln können. Auf der unbebauten, noch dazu hochwasserfreien Fläche wäre die Herstellung von mindestens 30 Gewerbegrundstücken (klein, mittel und groß) möglich gewesen. Man hätte durch den Verkauf dieser Stücke bei vorsichtiger Schätzung ein Plus von etwa 700.000 Euro erwirtschaften können. Und die Möglichkeit bestünde noch heute.

Hans-Helmut Caspari, Traben-Trarbach

Krankenkassen sollten Einspruch einlegen

Krankenhaus Ehrang

Zum Leserbrief „Flut war letztlich eine Steilvorlage für den Träger des Krankenhauses“ (TV vom 22. Dezember):

Der Meinung des Leserbriefschreibers zur Schließung des Krankenhauses kann ich mich nur im gesamten Umfang, auch inhaltlich, voll und ganz anschließen. Ich verstehe nicht, warum nicht auch alle Krankenkassen zum Wohle ihrer Versicherten gegen eine Schließung einmal wirkungsvoll Einspruch einlegen. Denn schließlich haben alle Krankenkassen für ihre Versicherten auch in der Leistungserbringung eine gewisse Mitverantwortung.

Herbert Daufenbach, Wittlich,
stellvertretender AOK-Geschäftsführer i.R.

Fitness-Center-Schließungen: Hier wurde einfach zu schnell gehandelt

Corona-Regeln

Zum Artikel „Die positiven Effekte des Kraftsports“ (TV vom 15. Dezember):

Dieser Artikel war längst überfällig, vor allen Dingen in der jetzigen Pandemie-Situation. Ich bin derselben Ansicht wie Dr. Kraft, nur ist diese Erkenntnis bei mir und vielen anderen sehr spät gekommen. Wenn man voll im Beruf engagiert ist, denkt man schnell:

„Ich brauche für meine Fitness nichts zu tun.“
Spätere Erkenntnis, hier liegt ein kapitaler Denkfehler vor. Ich kann dies aus eigener Erfahrung behaupten, denn ich besuche seit drei Jahren zwei bis drei Mal in der Woche ein Fitness-Studio. Warum? Ich hatte einen Bruch der Oberplatte des vierten Lendenwirbels. Erklärung zweier Spezialisten: „Das kann man nicht ope-

rieren, das muss von selbst heilen. Zur Unterstützung gehen Sie in ein Fitness-Center.“
Also begann ich mit dem Training und fühlte mich nach einem halben Jahr auch besser. Dann kam Corona, das Center musste schließen. Hier beginnt meine Kritik an unserer Landes- beziehungsweise Bundesregierung. Hier wurde einfach zu schnell gehandelt, ohne sich genau zu informieren,

was in einem solchen Center für Menschen ihre Muskulatur trainieren, ob sie das gesundheitlich brauchen oder ob sie bis ins Alter fit bleiben möchten. Mir hat die siebenmonatige Zwangspause sehr geschadet und mich wieder um Jahre zurückgeworfen. Dass alle erdenklichen Hygiene-Maßnahmen getroffen worden sind ist selbstverständlich.
Ich habe diese meine Meinung

unserer Ministerpräsidentin mit einem Schreiben im Juli 2021 mitgeteilt – mit den Unterschriften Gleichdenkender. Im September kam an den Center-Betreiber eine Antwort, so wie es oft in der Politik passiert – nichtssagend und am Thema schlichtweg vorbei. Ich als Verfasser bekam bis heute keine Antwort. Das versteht man in Mainz unter Bürgernähe. Apropos Bürgernähe: Wie soll ein Bürger

die Tatsache verstehen, dass erst nach drei Monaten die von allen Politikern versprochene unbürokratische Hilfe ankam. Ist das die Hilfe für Unternehmer und Steuerzahler? Ich kann nur wiederholen: Die meisten Menschen besuchen ein Fitness-Center, um gesund zu werden oder um gesund zu bleiben.

Karl Heinz Bechtel, Bernkastel-Andel